

Art. 2. Tegen dit besluit kan, overeenkomstig de artikel 14, § 1 en 17 van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, een beroep tot nietigverklaring of een vordering tot schorsing worden ingesteld bij de Raad van State.

Het verzoekschrift tot nietigverklaring of de vordering tot schorsing wordt ingediend overeenkomstig de modaliteiten vermeld in het besluit van de Regent van 23 augustus 1948 tot regeling van de rechtspleging voor de afdeling bestuursrechtspraak van de Raad van State en het koninklijk besluit van 5 december 1991 tot bepaling van de rechtspleging in kort geding voor de Raad van State.

Art. 3. Dit besluit heeft uitwerking met ingang van 29 februari 2016.
Brussel, 2 maart 2016.

J. VAN OVERTVELDT

Art. 2. Conformément aux articles 14, § 1 et 17 des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973, un recours en annulation ou en suspension contre cet arrêté peut être introduit au Conseil d'État.

Le recours en annulation ou en suspension est introduit conformément aux modalités contenues dans l'arrêté du Régent du 23 août 1948 déterminant la procédure devant la section du contentieux administratif du Conseil d'État et dans l'arrêté royal du 5 décembre 1991 déterminant la procédure en référé devant le Conseil d'État.

Art. 3. Le présent arrêté produit ses effets le 29 février 2016.
Bruxelles, le 2 mars 2016.

J. VAN OVERTVELDT

GEMEENSCHAPS- EN GEWESTREGERINGEN GOUVERNEMENTS DE COMMUNAUTE ET DE REGION GEMEINSCHAFTS- UND REGIONALREGIERUNGEN

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2015/204622]

3. SEPTEMBER 2015 — Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung, Artikel 7 Absatz 4, Artikel 9 Absatz 2 und Artikel 12 Absatz 2;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 19. Mai 2015;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 28. Mai 2015;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 57.708/3 des Staatsrates, das am 17. Juli 2015 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des für die Familienpolitik zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - In Artikel 1 Nummer 11 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung wird zwischen dem Wort "Schulzeit" und dem Wort "gewährleistet" die Wortfolge "sowie an pädagogischen Konferenztagen" eingefügt.

Art. 2 - In demselben Erlass wird folgender Artikel 5.1 eingefügt:

«Art. 5.1 - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses werden Bildungsnachweise aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, gleichgestellten Staaten oder Staaten, mit denen ein Abkommen zur Anerkennung von Berufsqualifikationen abgeschlossen wurde, im Falle einer Gleichstellung ebenfalls berücksichtigt.»

Art. 3 - In Artikel 62 § 3 Absatz 1 desselben Erlasses wird die Wortfolge "einen Bildungsnachweis eines Hochschulstudiums kurzer Dauer" durch die Wortfolge "ein Bachelordiplom" ersetzt.

Art. 4 - In demselben Erlass wird folgender Artikel 71.1 eingefügt:

«Art. 71.1 - Für die annehmbaren Personalkosten erhält der Tagesmutterdienst unter Einhaltung der in Artikel 72 aufgeführten Bedingungen einen Zuschuss, der 100% der effektiven Personalkosten entspricht.»

Art. 5 - In Artikel 72 § 1 Absatz 1 desselben Erlasses wird die Wortfolge "finden die durch die Regierung für den Sozial- und Gesundheitsbereich festgelegten Bemessungsgrundlagen Anwendung" durch die Wortfolge "findet der Erlass der Regierung vom 22. Juni 2001 zur Festlegung der Bemessungsgrundlagen für Personalausgaben im Sozial- und Gesundheitsbereich Anwendung" ersetzt.

Art. 6 - In Artikel 80 Nummer 3 Buchstabe c) desselben Erlasses wird zwischen den Wörtern "von" und "bis" das Wort "Betreuungsbeginn" eingefügt.

Art. 7 - In Artikel 82 § 2 Absatz 1 Nummer 3 desselben Erlasses wird die Wortfolge "(0-3 Stunden)" durch die Wortfolge "(von Betreuungsbeginn bis zu 3 Stunden)" ersetzt.

Art. 8 - In demselben Erlass wird folgender Artikel 91.1 eingefügt:

«Art. 91.1 - Für die annehmbaren Personalkosten erhält die Kinderkrippe unter Einhaltung der in Artikel 92 aufgeführten Bedingungen einen Zuschuss, der 100% der effektiven Personalkosten entspricht.»

Art. 9 - In Artikel 92 § 1 Absatz 1 desselben Erlasses wird die Wortfolge "finden die durch die Regierung für den Sozial- und Gesundheitsbereich festgelegten Bemessungsgrundlagen Anwendung" durch die Wortfolge "findet der Erlass der Regierung vom 22. Juni 2001 zur Festlegung der Bemessungsgrundlagen für Personalzuschüsse im Sozial- und Gesundheitsbereich Anwendung" ersetzt.

Art. 10 - In demselben Erlass wird folgender Artikel 116.1 eingefügt:

«Art. 116.1 - § 1 - Für die Anwendung des vorliegenden Artikels gilt bei der Kinderbetreuung:

1. Ganztagsbetreuung: Kinderbetreuung von fünf bis zehn Stunden pro Tag;
2. Halbtagsbetreuung: Kinderbetreuung von drei und bis fünf Stunden pro Tag;
3. Dreiertagsbetreuung: Kinderbetreuung von Betreuungsbeginn bis zu drei Stunden pro Tag.

§ 2 - Für die Personal- und Funktionskosten eines jeden Standortes der außerschulischen Betreuung erhält der Dienst der Kinderbetreuung pro betreutes Kind im Rahmen der von dem Minister pro Dienst festgelegten jährlichen Höchstgrenze der Betreuungstage folgende Zuschüsse:

1. 22,50 Euro für eine Ganztagsbetreuung;
2. 13,50 Euro für eine Halbtagsbetreuung;
3. 9 Euro für eine Dreiertagsbetreuung.

§ 3 - Für die Bezuschussung der Personalkosten findet der Erlass der Regierung vom 22. Juni 2001 zur Festlegung der Bemessungsgrundlagen für Personalzuschüsse im Sozial- und Gesundheitsbereich Anwendung.

Es werden nur die Kosten von Personalmitgliedern berücksichtigt, die die in Artikel 115 § 2 festgelegten Diplombedingungen erfüllen.

§ 4 - Der Dienst der Kinderbetreuung reicht die trimestriellen Aufstellungen über die geleisteten Betreuungstage spätestens sechs Wochen nach Ende eines jeden Trimesters bei dem Fachbereich ein.

Bei verspätetem Einreichen der trimestriellen Aufstellungen über die geleisteten Betreuungstage können 5% des Zuschusses bei einem Monat und 10% bei zwei oder mehr Monaten Verspätung einbehalten werden.

§ 5 - Der Dienst der Kinderbetreuung reicht die jährlichen Belege für die Bezuschussung spätestens sechs Wochen nach Ende des letzten Trimesters des Vorjahres bei dem Fachbereich ein.

Bei verspätetem Einreichen der jährlichen Belege können 5% des Zuschusses bei einem Monat und 10% bei zwei oder mehr Monaten Verspätung einbehalten werden.»

Art. 11 - In Artikel 156 desselben Erlasses wird die Wortfolge "einen Bildungsnachweis eines Hochschulstudiums langer Dauer" durch die Wortfolge "ein Masterdiplom oder ein gleichgestelltes Diplom" ersetzt.

Art. 12 - In Artikel 157 desselben Erlasses wird die Wortfolge "einen Bildungsnachweis eines Hochschulstudiums langer Dauer" durch die Wortfolge "ein Masterdiplom oder ein gleichgestelltes Diplom" ersetzt.

Art. 13 - In demselben Erlass wird folgender Artikel 157.1 eingefügt:

«Art. 157.1 - Die Zentren für Kinderbetreuung verfügen mindestens über eine vollzeitbeschäftigte Assistenz in der Verwaltung die unter anderem mit Aufgaben im Bereich Wirtschaftlichkeit und Buchhaltung des Zentrums beauftragt ist.

Diese Fachkraft verfügt über ein Bachelordiplom in den Bereichen Verwaltungswissenschaften, Betriebsorganisation, Wirtschaftswissenschaften, Buchhaltung oder über ein diesen Ausbildungen gleichgestelltes Diplom.

Der Minister kann Inhaber anderer Qualifikationen zulassen, insofern eine außergewöhnlich nützliche Berufserfahrung oder eine besondere Ausbildung für die betroffene Funktion vorliegt. Der Minister entscheidet nach einem Gutachten des Fachbereichs innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen schriftlichen Antrags. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Antrag als verweigert.»

Art. 14 - Artikel 160 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 1 wird folgende Nummer 3 eingefügt:

«3. 1 Vollzeitäquivalentstelle für die in Artikel 157.1 erwähnte Assistenz in der Verwaltung.»

2. in Absatz 2 wird die Wortfolge "finden die durch die Regierung für den Sozial- und Gesundheitsbereich festgelegten Bemessungsgrundlagen Anwendung" durch die Wortfolge "findet der Erlass der Regierung vom 22. Juni 2001 zur Festlegung der Bemessungsgrundlagen für Personalzuschüsse im Sozial- und Gesundheitsbereich Anwendung" ersetzt;

3. in Absatz 3 wird die Wortfolge "Artikeln 156 und 157" ersetzt durch die Wortfolge "Artikeln 156, 157 und 157.1".

Art. 15 - In Artikel 205 desselben Erlasses wird zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, folgender neuer Absatz eingefügt:

«In Abweichung von Absatz 1 verfügen die zum 1. September 2015 bereits anerkannten Zentren für Kinderbetreuung über eine Frist bis zum 1. Januar 2016, um gegebenenfalls erforderliche Anpassungen im Hinblick auf die Übereinstimmung mit Artikel 157.1 vorzunehmen.»

Art. 16 - In demselben Erlass wird folgender Artikel 205.1 eingefügt:

«Art. 205.1 - In Abweichung von Artikel 113 erhalten die Standorte der außerschulischen Betreuung, die zum 1. Januar 2015 bereits anerkannt sind und die in Artikel 114 und 115 erwähnten Bedingungen nicht erfüllen, noch während maximal 24 Monaten Zuschüsse für eine Dreiertagsbetreuung von 2,25 Euro pro betreutes Kind mit einem Höchstbetrag von 16.000 Euro pro Standort der außerschulischen Betreuung. Um diese Pauschale zu erhalten, verpflichten sich die Standorte schriftlich zur Erfüllung der erwähnten Bedingungen bis zum 31. Dezember 2016. Wenn sie zu diesem Zeitpunkt weiterhin nicht die erwähnten Bedingungen erfüllen, werden sie ab dem 1. Januar 2017 nicht mehr bezuschusst.

In Abweichung von Artikel 113 erhalten die Projekte, die im Rahmen des Fonds für kollektive Ausrüstungen und Dienstleistungen einen Zuschuss erhielten, jedoch nicht zum 1. Januar 2015 als Standort der außerschulischen Betreuung anerkannt waren, für das Jahr 2015 einen Zuschuss pro betreutes Kind von 10 Euro pro Ganztagsbetreuung mit einem Höchstbetrag von 10.000 Euro.»

Art. 17 - Der vorliegende Erlass tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2015 in Kraft.

In Abweichung von Absatz 1 treten die Artikel 13, 14 und 15 mit Wirkung vom 1. September 2015 in Kraft.

Art. 18 - Der für die Familienpolitik zuständige Minister ist mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 3. September 2015

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident

O. PAASCH

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales

A. ANTONIADIS

—————
TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2015/204622]

3 SEPTEMBRE 2015. — Arrêté du Gouvernement modifiant l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 31 mars 2014 relatif à l'accueil d'enfants, l'article 7, alinéa 4, l'article 9, alinéa 2, et l'article 12, alinéa 2;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 19 mai 2015;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 28 mai 2015;

Vu l'avis du Conseil d'Etat n° 57.708/3, donné le 17 juillet 2015, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2^o, des lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière de Politique familiale;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er}. Dans l'article 1^{er} de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants, le 11^o est complété par les mots "ainsi que lors des journées de conférence pédagogique".

Art. 2. Dans le même arrêté, il est inséré un article 5.1 rédigé comme suit :

« Art. 5.1. Pour l'application du présent arrêté, sont également pris en considération, en cas d'équivalence, des certificats d'enseignement émanant d'autres états membres de l'Union européenne, d'états assimilés ou d'états avec lesquels ont été conclus des accords de reconnaissance des qualifications professionnelles. »

Art. 3. Dans l'article 62, § 3, alinéa 1^{er}, du même arrêté, les mots "certificat de l'enseignement supérieur de type court" sont remplacés par les mots "diplôme de bachelier".

Art. 4. Dans le même arrêté, il est inséré un article 71.1 rédigé comme suit :

« Art. 71.1. Pour les frais de personnel admissibles, le service d'accueillants d'enfants reçoit, dans le respect des conditions énumérées à l'article 72, un subside égal à 100 % des frais de personnel réels. »

Art. 5. Dans l'article 72, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même arrêté, les mots "Les bases de calcul fixées par le Gouvernement pour les domaines Affaires sociales et Santé sont appliquées" sont remplacés par les mots "L'arrêté du Gouvernement du 22 juin 2001 fixant les bases de calcul en ce qui concerne la subsidiation des frais de personnel dans les secteurs des affaires sociales et de la santé est appliqué".

Art. 6. Dans l'article 80, 3^o, du même arrêté, le c) est complété par les mots "à partir du début de la garde".

Art. 7. Dans l'article 82, § 2, alinéa 1^{er}, 3^o, du même arrêté, les mots "(0 à 3 heures)" sont remplacés par les mots "(jusqu'à 3 heures à partir du début de la garde)".

Art. 8. Dans le même arrêté, il est inséré un article 91.1 rédigé comme suit :

« Art. 91.1. Pour les frais de personnel admissibles, la crèche reçoit, dans le respect des conditions énumérées à l'article 92, un subside égal à 100 % des frais de personnel réels. »

Art. 9. Dans l'article 92, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même arrêté, les mots "Les bases de calcul fixées par le Gouvernement pour les domaines Affaires sociales et Santé sont appliquées" sont remplacés par les mots "L'arrêté du Gouvernement du 22 juin 2001 fixant les bases de calcul en ce qui concerne la subsidiation des frais de personnel dans les secteurs des affaires sociales et de la santé est appliqué".

Art. 10. Dans le même arrêté, il est inséré un article 116.1 rédigé comme suit :

« Art. 116.1. § 1^{er}. Pour l'application du présent arrêté, l'on entend par :

1^o garde d'une journée complète : garde de cinq à dix heures par jour;

2^o garde d'une demi-journée : garde de trois à cinq heures par jour;

3^o garde d'un tiers de journée : garde jusqu'à trois heures par jour à partir du début de la garde.

§ 2. Pour les frais de personnel et de fonctionnement de chaque lieu d'accueil extrascolaire, le service d'accueil obtient les subsides suivants par enfant gardé, et ce, dans les limites du nombre maximal de jours de garde par an fixé par le ministre pour chaque service :

1^o 22,50 euros pour une garde d'une journée complète;

2^o 13,50 euros pour une garde d'une demi-journée;

3° 9 euros pour une garde d'un tiers de journée.

§ 3. L'arrêté du Gouvernement du 22 juin 2001 fixant les bases de calcul en ce qui concerne la subsidiation des frais de personnel dans les secteurs des affaires sociales et de la santé est appliqué pour le subventionnement des frais relatifs au personnel.

Seuls les frais relatifs aux membres du personnel remplissant les conditions de diplôme déterminées à l'article 115, § 2, sont pris en considération.

§ 4. Au plus tard six semaines après la fin de chaque trimestre, le service d'accueil introduit auprès du département les états trimestriels reprenant les jours de garde prestés.

En cas d'introduction tardive de ces états trimestriels, 5 % des subsides peuvent être retenus si le retard est d'un mois, 10 % s'il est de deux mois ou plus.

§ 5. Au plus tard six semaines après la fin du dernier trimestre de l'année précédente, le service d'accueil introduit auprès du département les justificatifs annuels pour le subventionnement.

En cas d'introduction tardive des justificatifs annuels, 5 % des subsides peuvent être retenus si le retard est d'un mois, 10 % s'il est de deux mois ou plus. »

Art. 11. Dans l'article 156 du même arrêté, les mots "certificat de l'enseignement supérieur de type long" sont remplacés par les mots "diplôme de master ou d'un diplôme y assimilé".

Art. 12. Dans l'article 157 du même arrêté, les mots "certificat de l'enseignement supérieur de type long" sont remplacés par les mots "diplôme de master ou d'un diplôme y assimilé".

Art. 13. Dans le même arrêté, il est inséré un article 157.1 rédigé comme suit :

« Art. 157.1. Les centres d'accueil disposent au moins d'une assistance administrative à temps plein, laquelle est entre autres chargée de tâches relatives à l'efficacité et à la comptabilité du centre.

Cette force administrative dispose soit d'un diplôme de bachelier dans les domaines des sciences administratives, de l'organisation des entreprises, des sciences économiques ou de la comptabilité, soit d'un diplôme y assimilé.

Le ministre peut admettre des porteurs d'autres qualifications, pour autant qu'ils puissent justifier d'une expérience professionnelle utile exceptionnelle ou d'une formation particulière pour la fonction concernée. Le ministre statue dans les 60 jours de la réception de la demande écrite complète en se basant sur l'avis du département. A défaut de décision dans le délai imparti, la demande est censée être rejetée. »

Art. 14. A l'article 160 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1^{er} est complété par un 3° rédigé comme suit :

« 3° 1 équivalent temps plein pour l'assistance administrative mentionnée à l'article 157.1. »;

2° à l'alinéa 2, les mots "Les bases de calcul fixées par le Gouvernement pour les domaines Affaires sociales et Santé sont appliquées" sont remplacés par les mots "L'arrêté du Gouvernement du 22 juin 2001 fixant les bases de calcul en ce qui concerne la subsidiation des frais de personnel dans les secteurs des affaires sociales et de la santé est appliqué".

3° dans l'alinéa 3, les mots "articles 156 et 157" sont remplacés par les mots "articles 156, 157 et 157.1".

Art. 15. Dans l'article 205 du même arrêté, un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 1^{er} et 2 :

« Par dérogation au premier alinéa, les centres d'accueil déjà reconnus au 1^{er} septembre 2015 disposent d'un délai allant jusqu'au 1^{er} janvier 2016 pour procéder aux adaptations éventuellement nécessaires en vue de se conformer à l'article 157.1. »

Art. 16. Dans le même arrêté, il est inséré un article 205.1 rédigé comme suit :

« Art. 205.1. Par dérogation à l'article 113, les lieux d'accueil extrascolaire qui sont déjà reconnus au 1^{er} janvier 2015, mais ne remplissent pas les conditions mentionnées aux articles 114 et 115, reçoivent encore, pour une garde d'un tiers de journée, un subside s'élevant à 2,25 euros par enfant gardé, et ce, à concurrence de 16.000 euros par lieu d'accueil extrascolaire et pendant 24 mois au plus. Pour obtenir ce forfait, les lieux d'accueil s'engagent par écrit à remplir lesdites conditions pour le 31 décembre 2016 au plus tard. Si, à ce moment-là, ils ne remplissent toujours pas les conditions mentionnées, ils ne sont plus subsidiés à partir du 1^{er} janvier 2017.

Par dérogation à l'article 113, les projets qui recevaient un subside dans le cadre du Fonds d'équipements et de services collectifs, mais n'étaient pas reconnus comme lieux d'accueil extrascolaire au 1^{er} janvier 2015, reçoivent pour une garde d'une journée complète un subside s'élevant à 10 euros par enfant gardé, et ce, à concurrence de 10.000 euros pour l'année 2015. »

Art. 17. Cet arrêté produit ses effets le 1^{er} janvier 2015.

Par dérogation au premier alinéa, les articles 13, 14 et 15 produisent leurs effets le 1^{er} janvier 2015.

Art. 18. Le Ministre compétent en matière de Politique familiale est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 3 septembre 2015.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
O. PAASCH

Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales,
A. ANTONIADIS

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2015/204622]

3 SEPTEMBER 2015. — Besluit van de Regering tot wijziging van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang, artikel 7, vierde lid, artikel 9, tweede lid, en artikel 12, tweede lid;

Gelet op het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 19 mei 2015;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. 28 mei 2015;

Gelet op advies 57.708/3 van de Raad van State, gegeven op 17 juli 2015, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2^o, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Op de voordracht van de Minister bevoegd voor Gezinsbeleid;

Na beraadslaging,

Besluit :

Artikel 1. In artikel 1, 11^o, van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang worden tussen het woord "schooltijd" en het woord "aanbiedt" de woorden "en op pedagogische conferentiedagen" ingevoegd.

Art. 2. In hetzelfde besluit wordt een artikel 5.1 ingevoegd, luidende :

« Art. 5.1. Voor de toepassing van dit besluit worden als gelijkwaardig erkende opleidingsbewijzen uit andere EU-lidstaten, daarmee gelijkgestelde staten of staten waarmee een overeenkomst voor de erkenning van beroepskwalificaties werd gesloten ook in aanmerking genomen. »

Art. 3. In artikel 62, § 3, eerste lid, van hetzelfde besluit worden de woorden "bewijs van een hogeschoolopleiding van korte duur" vervangen door het woord "bachelordiploma".

Art. 4. In hetzelfde besluit wordt een artikel 71.1 ingevoegd, luidende :

« Art. 71.1. Voor de aanneembare personeelskosten ontvangt de dienst voor onthaalouders, met inachtneming van de voorwaarden vermeld in artikel 72, een subsidie die overeenstemt met 100 % van de werkelijke personeelskosten. »

Art. 5. In artikel 72, § 1, eerste lid, van hetzelfde besluit worden de woorden « worden de berekeningsbasissen toegepast die de Regering voor de sectoren "Sociale aangelegenheden" en "Gezondheid" heeft vastgelegd » vervangen door de woorden « wordt het besluit van de Regering van 22 juni 2001 tot vaststelling van de berekeningsgrondslagen voor de subsidiëring van de personeelskosten in de sectoren "sociale aangelegenheden" en "gezondheid" toegepast. »

Art. 6. In artikel 80, 3^o, c), van hetzelfde besluit worden de woorden "kinderopvang van hoogstens drie uur per dag" vervangen door de woorden "kinderopvang van het begin van de opvang tot drie uur per dag".

Art. 7. In artikel 82, § 2, eerste lid, 3^o, van hetzelfde besluit worden de woorden "(0 tot 3 uur)" vervangen door de woorden "(van het begin van de opvang tot drie uur)".

Art. 8. In hetzelfde besluit wordt een artikel 91.1 ingevoegd, luidende :

« Art. 91.1. Voor de aanneembare personeelskosten ontvangt de crèche, met inachtneming van de voorwaarden vermeld in artikel 92, een subsidie die overeenstemt met 100 % van de werkelijke personeelskosten. »

Art. 9. In artikel 92, § 1, eerste lid, van hetzelfde besluit worden de woorden « worden de berekeningsbasissen toegepast die de Regering voor de sectoren "Sociale aangelegenheden" en "Gezondheid" heeft vastgelegd » vervangen door de woorden « wordt het besluit van de Regering van 22 juni 2001 tot vaststelling van de berekeningsgrondslagen voor de subsidiëring van de personeelskosten in de sectoren "sociale aangelegenheden" en "gezondheid" toegepast. »

Art. 10. In hetzelfde besluit wordt een artikel 116.1 ingevoegd, luidende :

« Art. 116.1. § 1. Voor de toepassing van dit artikel geldt voor de kinderopvang :

1^o hele opvangdag : kinderopvang van vijf tot tien uur per dag;

2^o halve opvangdag : kinderopvang van drie tot vijf uur per dag;

3^o 1/3-opvangdag : kinderopvang van het begin van de opvang tot drie uur per dag.

§ 2. Voor de personeels- en werkingskosten van elke locatie voor buitenschoolse opvang ontvangt de dienst voor kinderopvang – binnen de perken van het jaarlijkse maximumaantal opvangdagen dat de Minister per dienst heeft vastgelegd – per opgevangen kind volgende subsidies :

1^o 22,50 euro voor een hele opvangdag;

2^o 13,50 euro voor een halve opvangdag;

3^o 9 euro voor een 1/3-opvangdag.

§ 3. Voor de subsidiëring van de personeelskosten wordt het besluit van de Regering van 22 juni 2001 tot vaststelling van de berekeningsgrondslagen voor de subsidiëring van de personeelskosten in de sectoren "sociale aangelegenheden" en "gezondheid" toegepast.

Alleen de kosten van personeelsleden die voldoen aan de opleidingsvoorwaarden gesteld in artikel 115, § 2, worden in aanmerking genomen.

§ 4. De dienst voor kinderopvang dient de trimestriële overzichten van de gewerkte opvangdagen ten laatste zes weken na het einde van het betrokken trimester bij het departement in.

Indien de trimestriële overzichten van de gewerkte opvangdagen te laat worden ingediend, kan bij één maand vertraging 5 % van de subsidie en bij twee of meer maanden vertraging 10 % van de subsidie ingehouden worden.

§ 5. De dienst voor kinderopvang dient de jaarlijkse bewijzen voor de subsidiëring ten laatste zes weken na het einde van het laatste trimester van het vorige jaar bij het departement in.

Indien de jaarlijkse bewijzen te laat worden ingediend, kan bij één maand vertraging 5 % van de subsidie en bij twee of meer maanden vertraging 10 % van de subsidie ingehouden worden. »

Art. 11. In artikel 156 van hetzelfde besluit worden de woorden "een bewijs van een hogeschoolopleiding van lange duur" vervangen door de woorden "een masterdiploma of een daarmee gelijkgesteld diploma".

Art. 12. In artikel 157 van hetzelfde besluit worden de woorden "een bewijs van een hogeschoolopleiding van lange duur" vervangen door de woorden "een masterdiploma of een daarmee gelijkgesteld diploma".

Art. 13. In hetzelfde besluit wordt een artikel 157.1 ingevoegd, luidende :

« Art. 157.1. De centra voor kinderopvang beschikken minstens over een voltijdse administratieve assistentie die onder meer belast is met taken op het gebied van de economische haalbaarheid en de boekhouding van het centrum.

Deze vakkracht beschikt over een bachelordiploma op het gebied van bestuurswetenschappen, bedrijfsorganisatie, economische wetenschappen, boekhouding of een met één van die opleidingen gelijkgesteld diploma.

De Minister kan houders van andere kwalificaties toelaten als zij een voor de beoogde functie buitengewoon nuttige beroepservaring of bijzondere opleiding kunnen bewijzen. De Minister beslist na een advies van het departement binnen 60 dagen na ontvangst van de volledige schriftelijke aanvraag. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de aanvraag als geweigerd. »

Art. 14. In artikel 160 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° het eerste lid wordt aangevuld met een bepaling onder 3°, luidende :

« 3° één VTE-betrekking voor de administratieve assistentie vermeld in artikel 157.1. »

2° in het tweede lid worden de woorden « worden de berekeningsbasissen toegepast die de Regering voor de sectoren "Sociale aangelegenheden" en "Gezondheid" heeft vastgelegd » vervangen door de woorden « wordt het besluit van de Regering van 22 juni 2001 tot vaststelling van de berekeningsgrondslagen voor de subsidiëring van de personeelskosten in de sectoren "sociale aangelegenheden" en "gezondheid" toegepast »;

3° in het derde lid worden de woorden "artikelen 156 en 157" vervangen door de woorden "artikelen 156, 157 en 157.1".

Art. 15. In artikel 205 van hetzelfde besluit wordt tussen het eerste en het tweede lid, dat het derde lid wordt, een nieuw lid ingevoegd, luidende :

« In afwijking van het eerste lid hebben de centra voor kinderopvang die op 1 september 2015 al erkend waren, tot 1 januari 2016 de tijd om eventueel de nodige aanpassingen door te voeren en zo aan artikel 157.1 te voldoen. »

Art. 16. In hetzelfde besluit wordt een artikel 205.1 ingevoegd, luidende :

« Art. 205.1. In afwijking van artikel 113 ontvangen de locaties voor buitenschoolse opvang die op 1 januari 2015 al erkend zijn en niet aan de voorwaarden gesteld in de artikelen 114 en 115 voldoen, nog gedurende hoogstens 24 maanden subsidies voor een 1/3-dagopvang van 2,25 euro per opgevangen kind, met een maximumbedrag van 16.000 euro per locatie voor buitenschoolse opvang. De locaties voor buitenschoolse opvang die dat vaste bedrag willen ontvangen, verplichten zich schriftelijk ertoe tegen 31 december 2016 aan de vermelde voorwaarden te voldoen. Indien ze tegen die datum nog altijd niet aan de vermelde voorwaarden voldoen, worden ze vanaf 1 januari 2017 niet langer gesubsidieerd.

In afwijking van artikel 113 ontvangen de projecten die in het kader van het Fonds voor collectieve uitrustingen en diensten gesubsidieerd werden, maar op 1 januari 2015 niet als locatie voor buitenschoolse opvang erkend waren, voor het jaar 2015 per opgevangen kind een subsidie van 10 euro voor een hele opvangdag, met een maximumbedrag van 10.000 euro. »

Art. 17. Dit besluit heeft uitwerking met ingang van 1 januari 2015.

In afwijking van het eerste lid hebben de artikelen 13, 14 en 15 uitwerking met ingang van 1 september 2015.

Art. 18. De minister bevoegd voor Gezinsbeleid is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 3 september 2015.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,

O. PAASCH

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,

A. ANTONIADIS